Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Anzeigenannahme: Die Geschäftsstelle und für Auswärtige die Depositenkassen entgegen. — Erscheint werktäglich. Fernsprech-Anschluß Nr. 53.

Telegramme: Tageblatt Erzgebirge — Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. — Postscheck-Konto: Amt Leipzig Nr. 1900

Nr. 281 — Sonntag, den 2. Dezember 1928 — 23. Jahrgang

Die Politik der Woche

Reparationsverhandlungen. — Beim kranken englischen König Georg V. — Hoover in Mittelamerika. — Englisch-japanische Annäherung.

Obwohl die englische Regierung schon vor einer Woche erklärte, daß sie ihre Antwort auf das letzte deutsche Memorandum fertigstellte und nur noch auf Frankreich und die übrigen Reparationsgläubiger wartete, ist Berlin immer noch ohne Nachricht. Poincaré hat wieder einmal geglaubt, Schwierigkeiten machen zu sollen. Er holte die alte Reparationskommission wieder einmal aus den Aktenschränken hervor und ließ sie gegen Berlin aufmarschieren. Als die Engländer das Repko-Gespenst sahen, winkten sie zunächst ab. Dann aber ließen sie sich doch einschüchtern. Der Franzosenfreund Chamberlain glaubt offenbar Poincaré jeden Gefallen erweisen und die Lebendigkeit der Entente cordiale wieder einmal mehr erweisen zu sollen. Verlegen schweigt die englische Regierungspresse, die zunächst in energischer Weise dem Repko-Gespenst auf den Leib gerückt war. Nach den letzten Nachrichten soll der kommende Finanzsachverständigenausschuß zunächst die Höhe und die Dauer der deutschen Jahreszahlungen festsetzen, sodann bestimmen, ob das Transferkomitee abgeschafft werden oder in eine Kommission über die deutschen Schulden verwandelt werden soll und schließlich prüfen, welche Form die deutschen Reparationsbonds erhalten müssen, um zu den besten Bedingungen auf dem internationalen Kapitalmarkt verkauft zu werden.

Die Bank von England könnte den größten Teil dieser Bons glatt aufnehmen, wenn sie wollte. Sie befindet sich gegenwärtig freilich im Umbau, doch dürfte dieser in einiger Zeit beendet sein. Wenn dann die Schätze wiederum in den Tresors der Bank von England liegen und das Verzeichnis der herrenlosen Millionen und Milliarden vollständig vorliegt, dürfte der Zeitpunkt gekommen sein, in dem die Bank über diese Milliarden verfügt. Wir möchten daher Poincaré den freundschaftlichen Rat erteilen, bei seinem Freunde Chamberlain dahin vorstellig zu werden, daß die herrenlosen Milliarden der Bank von England für Reparationszwecke mobilisiert werden. Es dürfte nicht schwer fallen, die Aussprache über dieses Riesenvermögen in der englischen Presse wiederum in Fluß zu bringen. In den letzten Tagen hatten die Engländer freilich andere Sorgen. Sie bangten um das Leben ihres Königs Georgs V., der an Lungen- und Rippenfellentzündung schwer erkrankt war. Die Anteilnahme des Volkes an der Erkrankung des Königs war allgemein und ehrlich. Die Krankheit war auch schwer, so daß das Aeußerste befürchtet werden konnte.

Die Reise des kommenden Präsidenten der Vereinigten Staaten Nordamerikas, Herbert Hoover, nach Mittelamerika verlief bisher glatt. In Nicaragua hat Hoover bereits einen schönen politischen Erfolg zu verzeichnen. Er brachte es nämlich fertig, den Präsidenten Diaz mit dem künftigen Präsidenten von Nicaragua, General Moncada, bei einem Frühstück an Bord seines amerikanischen Linienschiffes zusammen zu bringen und auszusöhnen. Der General hielt aus diesem Anlaß eine Tischrede, in der er bat, die amerikanischen Marinesoldaten nur allmählich aus Nicaragua zurückzuziehen. Vorerst sollten 1000 Mann zurückbleiben, bis sie durch nicaraguanische Miliz ersetzt werden könnten. Schwerwiegender als diese Bitten ist die Anregung General Moncadas, daß der Bau des Nicaraguakanals durch die Vereinigten Staaten von Amerika sofort begonnen werden soll. Die englische Presse verfolgt diese letzte Nachricht mit größtem Interesse. Wird nämlich dieser Kanal gebaut, dann entsteht neben dem Panamakanal ein zweiter Kanal, der den Atlantischen Ozean mit dem Pazifik verbindet und es der amerikanischen Kriegsmarine erleichtert, die Streitkräfte von dem einen Weltmeer in das andere zu werfen. Dies ist im Hinblick auf die machtpolitische Kräfteverteilung an den Küsten des Großen Ozeans von größter politischer Bedeutung.

In diesen Zusammenhang muß die neue Annäherung hineingestellt werden, die zwischen London und Tokio seit einiger Zeit im Gange ist. Im Jahre 1922 konnte Foreign Office den englisch-japanischen Vertrag nicht erneuern, weil es auf Washington Rücksicht nehmen und den Widerspruch Australiens und Neuseelands beachten mußte. Eine japanfreundliche Stimmung und Gesinnung blieb aber in London bestehen. Diese verstärkte sich, als Engländer und Japaner in den chinesischen Wirren der letzten Jahre Leidensgefährten wurden und die amerikanische Politik in Hinterasien in gleicher Weise gegen London und Tokio Stellung nahm. Gleichgerichtete Interessen in China und gleiche Gegensätzlichkeiten gegen Sowjetrußland führten in steigendem Maße zu einer Annäherung und einer Zusammenarbeit der britischen und japanischen Außenpolitik. Wenn die englische und japanische Regierung gegenwärtig auch formell die Wiederbelebung des englisch-japanischen Bündnisses nicht anstreben, das sich auf ganz Asien und den Pazifischen Ozean bezog, so hat doch der letzte Besuch des japanischen Grafen Ushida zu dem Versuch geführt, daß Washingtoner Chinaabkommen vom Jahre 1922 zu erneuern. In Washington waren damals die neun an China interessierten Mächte übereingekommen, daß sie keinen Vertrag und keinerlei Abkommen mit China schließen würden und auch nicht einmal versuchen würden, Sonderrechte oder Sondervorteile in China für sich herauszuschlagen, sondern daß in jedem Falle eine ausführliche und freimütige Mitteilung zwischen den vertragschließenden Parteien stattzufinden habe. An dieses Abkommen haben sich verschiedene Mächte indessen nicht gehalten. Die Engländer und Japaner versuchen es wieder lebendig zu machen und haben dies Washington mitgeteilt. Das Weiße Haus schweigt. Die Chinesen aber spitzen die Ohren und machen sich ihren Reim dazu.

Wird Severing vermitteln?

Die Arbeitgeber sind dafür! — Die Gewerkschaften!

Am gestrigen Tage fanden in Berlin zur Beilegung des Arbeitskonfliktes im Bezirk Nordwest unter dem Vorsitz des Reichskanzlers eingehende Aussprachen zwischen Vertretern der Reichsregierung und den Vertretern beider Parteien der nordwestlichen Gruppe statt. Von der Reichsregierung nahmen außer Reichskanzler Müller Reichswirtschaftsminister Curtius, Reichsarbeitsminister Wissell und Staatssekretär Dr. Pünder teil. Die Besprechung mit den Vertretern der Arbeitgeber fand am Vormittag in der Reichskanzlei und die Besprechung mit den Vertretern der Gewerkschaften am Nachmittag im Reichstagsgebäude statt.

In der Aussprache am Vormittag erklärten sich die Arbeitgeber mit dem Vorschlage des Reichskanzlers einverstanden, die endgültige Entscheidung über Arbeitslohn und Arbeitszeit dem Reichsinnenminister Severing zu überlassen. Sie erklärten ferner, daß sie nach Annahme dieses Vorschlages durch die Arbeitnehmer die Betriebe sofort wieder öffnen werden. Die Belegschaften würden ohne Maßregelungen mit dem Inkrafttreten dieser Vereinbarung alsbald wieder eingestellt unter Wahrung ihrer alten Rechte aus den früheren Arbeitsverträgen. Die Einstellung werde nach Maßgabe der betrieblichen Möglichkeiten erfolgen.

Reichsregierung und Arbeitgeber waren darüber einig, daß durch die zu treffenden Vereinbarungen die Möglichkeit der Entscheidung der in dem Rechtsstreit aufgeworfenen grundsätzlichen Fragen durch das Reichsarbeitsgericht nicht ausgeschaltet werden soll.

Die Vertreter der Gewerkschaften erklärten in der Nachmittagssitzung, daß sie sich die Entscheidung noch bis zu einer am kommenden Sonntag vormittag stattfindenden Sitzung ihrer Gewerkschaftsinstanzen vorbehalten müßten. Sie sagten die Mitteilung der endgültigen Entscheidung an die Reichskanzlei bis Sonntag abend zu.

•

Den weiteren Fortgang der Verhandlungen denkt man sich laut „Deutscher Allgemeiner Zeitung" so, daß Reichsinnenminister Severing am Montag, wenn er auf dem Wege über die Reichskanzlei Kenntnis von der Stellungnahme der Revierkonferenzen erhalten hat und vom Reichskanzler offiziell um Uebernahme des Schiedsrichteramtes ersucht worden ist, seine Verhandlungen mit den beiden Parteien aufnimmt. Gleichzeitig können dann bereits die Maßnahmen zur Wiedereröffnung der Betriebe eingeleitet werden.

•

In maßgebenden Kreisen, so erfahren wir, ist man der Auffassung, daß die bedingungslose Annahme des Schiedsrichters, Reichsministers Severing, durch die Arbeitgeber beweist, daß diese sich bei ihrem Kampfe im Ruhrkonflikt nur von wirtschaftlichen Beweggründen haben leiten lassen, daß ihnen also jegliches Vorgehen gegen den Staat oder die Staatsform bezw. das Reichskabinett insbesondere die Person des Reichsarbeitsministers, ferngelegen hat.

Ablehnung der Mißtrauensanträge gegen Severing

Der Reichstag stimmte gestern über die gestellten Mißtrauensanträge der Deutschnationalen und der Kommunisten gegen den Reichsinnenminister Severing ab. In namentlicher Abstimmung wurde der deutschnationale Mißtrauensantrag mit 269 gegen 101 Stimmen der Deutschnationalen, der Wirtschaftspartei, der Christlichnationalen Bauernpartei und der Nationalsozialisten bei 42 Enthaltungen der Kommunisten abgelehnt. Der kommunistische Mißtrauensantrag wurde in einfacher Abstimmung abgelehnt.

Französische Spionenriecherei

Bei den gestern durch die Franzosen verhafteten Angehörigen des Reichsvermögensamtes Mainz handelt es sich um den Verwaltungsoberinspektor Kraft, den Hauswart Schilling, die Arbeiter Schmidt, Frenz, Seegräber, Stennor und Wocker, denen ein Verstoß gegen eine der „Ordonnanzen" zum Vorwurf gemacht wird. Schilling, Frenz und Stennor sind inzwischen wieder entlassen worden. Ob die erhobene Beschuldigung zutrifft, steht noch nicht fest. Die Untersuchung wird von der französischen Besatzungsstelle geführt. Ferner wurde gestern vormittag durch französische Kriminalbeamte in Mainz im Zusammenhang mit den anderen Verhaftungen wegen angeblicher Spionage oder Gefährdung der französischen Rheinarmee ein gewisser Frisch, der in Frankfurt a. M. wohnen soll, als angeblicher deutscher Agent festgenommen.

Drohende Stillegung des Postbetriebes in Oesterreich.

Auf Grund der Anträge der Organisationsführer haben die Post-, Telegraphen- und Telephonangestellten gestern abend beschlossen, am 2. Dezember um Mitternacht mit der passiven Resistenz einzusetzen, falls die von den Angestellten gestellten Forderungen bis dahin nicht von der Regierung bewilligt werden. In parlamentarischen Kreisen glaubt man jedoch, daß es gelingen werde, bis zu dem genannten Termin zu einer Verständigung zu gelangen, so daß die passive Resistenz unterbleiben dürfte.

Kündigung des Arbeitszeitabkommens der Metallarbeiter

Die Arbeitgeber der Gruppe Nordwest haben das Arbeitszeitabkommen der Metallarbeiter gestern zum 31. Dezember gekündigt. Es handelt sich hierbei um eine mehr formelle Maßnahme, da die Verhandlungen über die Arbeitszeit in die jetzigen Verhandlungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern bereits eingeschlossen sind.

Die Handwerksnovelle vor dem Volkswirtschaftsausschuß

Der Volkswirtschaftliche Ausschuß des Reichstages setzte am Freitag die Beratung über die Handwerksnovelle fort. Eine neue Bestimmung, wonach in der Abstimmung über Zwangsinnungen die Verwaltungsbehörde verpflichtet werden sollte, jede gewerbetreibende Person von dem Antrag auf Errichtung einer Zwangsinnung zu verständigen, wurde auf Antrag der Deutschnationalen Volkspartei aus der Vorlage gestrichen. Ein Antrag der Deutschnationalen, das Wahlrecht zur Handwerkskammer, das nach der Vorlage bereits mit dem 21. Lebensjahr erreicht wird, auf das 24. Lebensjahr hinauszuschieben, wurde mit 13 gegen 12 Stimmen abgelehnt. Desgleichen wurde ein sozialdemokratischer Antrag abgelehnt, die Zahl der Gesellenbeisitzer in der Handwerkskammer auf die gleiche Zahl der Meistermitglieder zu erhöhen, also die Parität der Besetzung der Handwerkskammer herbeizuführen, gegen die Stimmen der Antragsteller und der Kommunisten abgelehnt. Der Ausschuß vertagte sich dann auf den Dienstag.

Kundgebung des deutschen Handwerks

Der Reichsverband des Deutschen Handwerks veranstaltete am 30. November in Berlin eine Kundgebung, zu der die Spitzen der Ministerien, der Verbände und Körperschaften erschienen waren. Der Vorsitzende Derlien-Hannover begrüßte die Erschienenen und verwies auf das notwendige Interesse des Staates an einer Erhaltung einer möglichst breiten Schicht des mittelständischen Gewerbes. Generalsekretär Dr. Meusch-Hannover sprach über den Entwurf einer Handwerksnovelle. Die Novelle bedeute zwar einen Fortschritt, dennoch habe sie die Erwartungen des Handwerks enttäuscht. Das Handwerk denke nicht daran, seine Grenzen in das Gebiet von Industrie und Handel vorzutragen. Das Handwerk sei entschlossen, gemeinschaftlich mit den Vertretern von Industrie und Handel im Verständigungswege von Fall zu Fall Grenzstreitigkeiten zu bereinigen. Dennoch müsse die Handwerksnovelle verabschiedet werden, damit wenigstens ein Schritt zur endgültigen Reichshandwerksordnung getan sei.

Generalsekretär Hermann-Berlin gab einen Bericht über die Stellungnahme des Reichsverbandes zu den sozialpolitischen Vorlagen. Der Arbeitsschutz-Gesetzentwurf werde von dem Handwerk grundsätzlich abgelehnt, weil seine Bestimmungen viel zu sehr auf industrielle und großstädtische Verhältnisse abgestellt seien. Ein Verbot der Nebenarbeit (Schwarzarbeit) der Arbeitnehmer, gleichmäßige Behandlung der Arbeitgeber und Arbeitnehmer bei Verstößen seien neben anderen Handwerksforderungen. In absehbarer Zeit werden sich die Parlamente mit dem Berufsausbildungsgesetz zu beschäftigen haben. Es müsse dabei sich-